

# AußenwirtschaftsNews – USA

05/2026

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf ausgewählten Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für die USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

## 1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft ist im ersten Quartal 2026 gewachsen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg einer ersten offiziellen Schätzung zufolge um 2,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Wachstum ist vor allem auf höhere Staatsausgaben, Investitionen und gestiegene Exporte zurückzuführen. Im vierten Quartal war lediglich ein Wachstum von 0,5 Prozent verzeichnet worden.
- Im März entstanden in den Vereinigten Staaten 178.000 Arbeitsplätze. Grund sind Zuwächse im Gesundheitsbereich, in der Bauwirtschaft sowie im Logistiksektor. Die Arbeitslosenquote betrug 4,3 Prozent bei 7,2 Millionen Arbeitslosen. Damit bleibt die Arbeitslosenquote weiterhin stabil.
- Der Erzeugerpreisindex stieg im März saisonbereinigt um 0,5 Prozent gegenüber Februar. Der Anstieg ist vor allem auf gestiegene Energiekosten zurückzuführen.
- Die Inflationsrate stieg im März auf 3,3 Prozent, im Februar hatte sie nur bei 2,4 Prozent gelegen.. Der Anstieg ist vor allem auf höhere Energiepreise zurückzuführen. Im März lagen die Energiepreise 10,9 Prozent höher als im Vormonat.
- Die Verbraucherstimmung hat sich im April weiter eingetrübt. Die Verschlechterung ist unabhängig von parteipolitischer Orientierung, Einkommen, Alter und Bildungsstand zu beobachten. Sowohl kurz als auch langfristig erwarten die Verbraucher eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation. Die Inflationserwartung für 2026 ist nochmal gestiegen und beträgt nun 4,7 Prozent. So hoch war sie zuletzt im April 2025, nachdem die US-Zölle eingeführt worden waren. Hauptursache für die schlechte Verbraucherstimmung sind der Krieg im Iran und die daraus resultierenden hohen Energiepreise.
- Die US-Notenbank hat den Leitzins im April nicht angepasst. Er bleibt auf einem Niveau von 3,5 bis 3,75 Prozent. Die Notenbank begründet die Entscheidung mit dem stabilen Wirtschaftswachstum und der niedrigen Arbeitslosigkeit. Zwar erkennt sie die wegen des Krieges im Iran gestiegene Inflation an, will ihr aber nicht aktiv entgegenwirken. Die Notenbank wird die Situation weiter beobachten.

## 2 Handels- und Zollpolitik

- Ankündigung neuer US-Zölle: US-Präsident Trump hatte Anfang Mai in den sozialen Medien mit neuen Zöllen auf Autos und leichte LKW aus der Europäischen Union gedroht. Die Zölle sollten auf 25 Prozent angehoben werden. Unternehmen, die in den USA produzieren, sollten von den Zöllen ausgenommen sein. Der US-Präsident begründete seine Drohung damit, dass die Europäische Union sich nicht an die Zollvereinbarung vom Sommer 2025 halten würde. Inzwischen hat der US-Präsident der EU eine Frist bis Anfang Juli gesetzt, ihre Zusagen aus der Zollvereinbarung umzusetzen und ansonsten mit neuen, nicht näher spezifizierten Zöllen gedroht. Die Europäische Union überführt ihre Zusagen aus der Zollvereinbarung aktuell noch in geltendes Recht. Die USA haben das schon letztes Jahr getan. Aktuell führen die Europäische Union und die USA aber auch die Europäischen Institutionen untereinander Gespräche, wie die Vereinbarung umgesetzt werden soll. Mit den Zollankündigungen erhöhen die USA den Druck in den Gesprächen.
- Angepasste Zölle auf Stahl- und Aluminium: Zum 06. April 2026 haben die USA die Zollsätze für Stahl, Aluminium und Produkte daraus angepasst. Auf Stahl und Aluminium wird ein Zollsatz von 50 Prozent erhoben. Produkte aus Stahl und Aluminium unterliegen einem Zollsatz von 25 Prozent auf den gesamten Warenwert. Waren mit einem Stahl- oder Aluminiumanteil von weniger als 10 Prozent unterliegen diesen neuen Section-232-Zöllen nicht, können aber mit anderen Zöllen belegt werden. Gleiches gilt für ausgewählte Güter, wie Motorräder, Motoren oder Motorteile. Sie sind dauerhaft von den neuen Stahl- und Aluminiumzöllen ausgenommen. Eine weitere Gruppe von Waren wird bis 31. Dezember 2027 mit einem reduzierten Zollsatz von maximal 15 Prozent belegt. Zu den betroffenen Gütern gehören bspw. Industrieroboter, große Transformatoren und Wärmetauscher. Stammen Stahl und Aluminium in diesen Produkten aus US-Fertigung sinkt die Zollbelastung auf maximal 10 Prozent. Die neuen Regelungen machen eine vorsichtige Prüfung des [Präsidentialerlasses](#) und der damit verbundenen [Güterlisten](#) notwendig.
- Erstattung von IEEPA-Zöllen: Am 01. April 2026 hat die Zoll- und Grenzschutzbehörde „U.S. Customs and Border Protection“ (CBP) mit der Erstattung der IEEPA-Zölle begonnen. Anstatt 53 Millionen einzelne Anträge manuell zu bearbeiten, konsolidiert CBP die Rückerstattungen auf Importeur-Basis. Zu diesem Zweck schafft die Behörde einen Prozess namens „Consolidated Administration and Processing of Entries“ (CAPE). Seit 20. April 2026 wird dieser für ausgewählte Fälle genutzt. Nach und nach sollen immer mehr Einträge nach diesem Schema bearbeitet werden. Ab 12. Mai 2026 sollen erste Rückzahlungen angewiesen werden. Die US-Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) fasst die Informationen zur Rückerstattung der IEEPA-Zölle [online](#) zusammen. Dort hinterlegte Informationen werden regelmäßig aktualisiert. Zusätzlich wurde ein Postfach ([IEE-PARefunds@cbp.dhs.gov](mailto:IEE-PARefunds@cbp.dhs.gov)) für Fragen zur Rückerstattung der IEEPA-Zölle eingerichtet.
- USA und EU vertiefen Zusammenarbeit bei kritischen Mineralien: Die EU und die Vereinigten Staaten haben sich auf einen [Aktionsplan](#) zu kritischen Mineralien geeinigt. Der Plan sieht vor, dass die Partner beim Aufbau sicherer Lieferketten für diese Rohstoffe

zusammenarbeiten. Das könnte handelspolitische Maßnahmen wie Preisuntergrenzen, das Abstimmen von Subventionen, Abnahmevereinbarungen sowie das Entwickeln gemeinsamer Standards für Bergbau und Rohstoffverarbeitung einschließen, jedoch legt der Plan noch keine Maßnahmen fest. Die Vereinigten Staaten haben im letzten Jahr bereits mit einigen anderen Handelspartnern vergleichbare Aktionspläne unterzeichnet.

- USA und UK schließen [Vereinbarung zu Arzneimitteln](#): Arzneimittelimporte aus dem Vereinigten Königreich unterliegen ab April 2026 in den USA einem Zollsatz von Null Prozent. Des Weiteren sagen die USA zu, dass Arzneimittel, ihre Inhaltsstoffe sowie Medizinprodukte nicht mit neuen Zöllen nach Section 232 oder 301 belegt werden. Im Gegenzug wird das Vereinigte Königreich mehr für Arzneimittel ausgeben und teurere Medikamente für das öffentliche Gesundheitswesen in den USA einkaufen. Die Vereinbarung gilt zunächst bis 2029. Die USA haben öffentlich erklärt – aber nicht schriftlich in der Vereinbarung festgehalten – dass das Vereinigte Königreich der einzige Handelspartner sein wird, dem Null-Prozent-Zölle für Arzneimittel gewährt werden.
- Förderung von KI-Exporten & Call for Proposals: Die USA wollen im Bereich KI weltweit führend werden und haben dafür eine KI-Export-Initiative ins Leben gerufen. In einer ersten Projektphase fördern die USA Full-Stack-KI-Exportpakete. Diese Pakete sollen verschiedene Produkte und Dienstleistungen abdecken und für ausländische Märkte konzipiert sein. Enthalten sein müssen: KI-optimierte Hardware, KI-Anwendungen für branchenspezifische Anwendungsfälle, Datenpipelines und Labelling-Systeme, KI-Modelle und Systeme sowie Sicherheits- und Cybersicherheitssysteme. Ausgewählte Pakete profitieren von beschleunigter Prüfung bei der Exportkontrolle, politischer Unterstützung beim Eintritt in ausländische Märkte sowie verbessertem Zugang zu staatlichen Fördermitteln. Unternehmen und Konsortien, die solche Export-Pakete entwickeln und von den verbesserten Bedingungen profitieren wollen, können sich bis 30. Juni für die Förderung bewerben. Ausländische Unternehmen können Teil eines Konsortiums sein, jedoch muss das Konsortium von einem US-amerikanischen Unternehmen geleitet werden. Weitere Informationen finden sich im [Call-for-Proposals](#) und auf der Webseite der [Exportinitiative](#). Die Exportinitiative soll zeitnah erweitert werden, sodass in Zukunft auch der Export von einzelnen oben gelisteten Elementen gefördert werden kann.

### 3 Allgemeine Politik

- Förderung der betrieblichen Ausbildung: Mit dem „American Manufacturing Apprenticeship Incentive Fund“ fördern die Vereinigten Staaten seit Jahresbeginn die betriebliche Ausbildung in bestimmten Wirtschaftsbereichen – darunter Luft- und Raumfahrt, Verteidigung und Automotive. Unternehmen können bis zu 3,500 US-Dollar je Auszubildendem erhalten. Das Programm wird vom Wirtschaftsministerium Arkansas verwaltet aber bietet Unterstützung für Ausbildungsbetriebe überall in den Vereinigten Staaten. Weitere Informationen finden Sie [online](#).
- Budgetkürzungen und Personalabbau bei der Steuerbehörde IRS werden nach [Schätzungen der Universität Yale](#) zu Einnahmeausfällen in Milliardenhöhe führen. 2025

wurde das Personal der Behörde stark reduziert. Wegen Entlassungen, Frühverrentung und einen Einstellungsstopp arbeiteten Ende letzten Jahres fast 28.000 Angestellte weniger für die Steuerbehörde, insbesondere in der Steuerprüfung gingen Stellen verloren. Zwar werden durch Personalabbau und Budgetkürzungen Kosten reduziert, doch ein schlechterer Steuervollzug wird voraussichtlich geringere Staatseinnahmen nach sich ziehen. Die Digitalisierung kann den Personalverlust derzeit nicht ausgleichen. Die Wissenschaftler der Universität Yale rechnen mit Einnahmeausfällen von mehr als 860 Mrd. US-Dollar zwischen 2026 und 2035.

- Personalwechsel bei der US-Notenbank FED: Kevin Warsh soll Vorsitzender der US-Notenbank FED werden. In seiner Anhörung vor dem US-Kongress betonte er die Unabhängigkeit der FED. Der scheidende Notenbankchef Powell war in den letzten Monaten stark von der US-Regierung unter Druck gesetzt worden, den Leitzins zu senken. Powell hat angekündigt, weiterhin im Vorstand der FED zu bleiben.

## Ansprechpartner

### Marion Zilker

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482  
marion.zilker@vbw-bayern.de  
[www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de)

### Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 917-216-9569  
christoph.kolle@vbw.com  
[www.vbw.com](http://www.vbw.com)

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.